

Die Schweiz und Europa

Das Verhältnis der Schweiz zur Konzeption des vereinigten europäischen Kontinents, zur ökonomischen Integration durch das Instrument der Montanunion, zur Föderation Europas und zur Europaarmee ist, soweit die Mitwirkung der Schweiz selber in Betracht kommt, negativ. Man wird darüber überrascht sein, denn die Kenntnis fremder, ja sogar benachbarter Länder ist noch immer lückenhaft. Die Schweiz ist als geographisches Kernland Europas, als Relais des Nord-Süd- und West-Ost-Verkehrs, als dreisprachige Föderation, von der Aura einer europäischen Morgendämmerung umgeben. Seit einem Jahrhundert nimmt der Traum eines künftigen Vereinigten Europa die Schweiz zum Vorbild. Wirklich von einem „Traum“ spricht *Balzac's* politischer Held Michel Chrestien in den *Secrets de la Princesse Cadignan*. Und nach ihm haben *Hugo*, *Nietzsche*, *Strindberg* in der Schweiz ein Europa en miniature gesehen. Unbestreitbar fühlt sich heute mehr denn je die geistige Welt der Schweiz mit allen eins, die die Gesittung und die moralischen Grundlagen des Abendlandes verteidigen. Das politische Fundament der Schweiz ist aber ihre *bewaffnete Neutralität*, und da nur wenige Schwärmer und Wirrköpfe ihre Preisgabe fordern, steht die Schweiz tatsächlich in einem Konflikt, für den ihre vielhundertjährige Erfahrung in der Außenpolitik keinen Präzedenzfall bietet. Daß sie sich gegen eine gewaltsame Zusammenfassung Europas verteidigen wird, ist eine Selbstverständlichkeit; wie sie sich zu einer freiwilligen, nur durch die ökonomische Not bedingten Integration stellen soll, ist aber strittig.

Daß die Verwirklichung des Schumanplans die Schweiz vor schwierige Entscheidungen stellen werde, konnte man der Tagespresse im Lauf seiner Beratung unschwer entnehmen. Furcht und Hoffnung kamen in verschiedenen Dosierungen zu Wort. Der Glaube an eine Einigung der sechs Partner war gering. Zwar sprach die Förderung des Plans durch Amerika für ihn, die Zurückhaltung von Großbritannien und der (außenpolitisch streng anglophilen) skandinavischen Länder gegen ihn. Eine Einladung zur Teilnahme lag nicht vor, die Notwendigkeit einer auch nur bedingten Teilnahme wurde zunächst nicht diskutiert. Die erste große Aussprache fand auf der Jahresversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft im Mai 1952 statt, und da nun die *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*

(88. Jahrgang, Heft 4, Bern, Stämpfli & Cie) die Referate und Diskussionsbeiträge veröffentlicht hat, wird der Standpunkt erkennbar. Trotz der Begrenzung der Teilnehmer auf die Interessenten einer solchen Gesellschaft kann man von einem maßgeblichen Votum sprechen, weil gerade in der Schweiz bei aller Verschiedenheit der Interessen und der Meinungen ein geschlossener Körper politischer Anschauungen im Volke enthalten ist. Die allgemeinen Aspekte der wirtschaftlichen Organisation Europas werden von *Prof. Dr. H. Bachmann* (St. Gallen) objektiv dargestellt. Bachmann repräsentiert in der Schweiz die Auffassung, daß die ökonomische Integration Westeuropas unerlässlich und unvermeidlich ist, sie die Schweiz aber in eine delikate Position versetzen wird. Höchste Skepsis in bezug auf die Folgen für die Schweiz erfordert höchste Wachsamkeit. Die Schweiz ist aber, wie andere Beiträge darstellen, selbst ein erstes Ergebnis ökonomischer Integration, denn vor 1848 gab es in der Schweiz noch 450 Zollämter, und ihre größere Zahl stand im Inneren des heutigen Staatsgebietes. Aber die Integration der alten Kantone führte nicht zur Preisgabe, sondern zur Festigung der Neutralität.

Entschiedenster Gegner der Montanunion und überhaupt jeder europäischen Integration ist *Prof. William E. Rappard* (Genf), ein Liberaler alten Schlages. Für ihn bedeutet der Beginn Europas das Ende der Schweiz. Mit kaum faßbarem Pessimismus malt er es an die Wand und sagt voraus, die Eidgenossenschaft werde in einem ökonomisch integrierten Europa ein Monaco oder eine Republik Andorra werden. Gemeinsam ist den Hauptbeiträgen und überhaupt den führenden Schweizer Nationalökonom die Opposition zu *Heynes*. Daß man von der Montanunion einen Keynes'schen Dirigismus befürchtet, verstärkt den Widerstand gegen sie.

Da man die Schweizer Politik nur in Funktion ihrer staatspolitischen Neutralität, verbunden mit dem absoluten Recht auf freie Meinungsbildung und daher auch Parteinahme in allen Fragen der Weltpolitik verstehen kann, muß man auch ihre Stellung zu jeder Großmachtsbildung und Hegemonie in Europa vor Augen haben. Aus allen Beiträgen der zitierten Zeitschrift geht hervor, welchen Alldruck die Entstehung eines gewaltigen Wirtschaftsblocks an den Grenzen der Schweiz hervorruft. Eine Beteiligung der Schweiz an einem Block irgendwelcher Art und die diskriminierende Absonderung von einem anderen Block (auch wenn zwischen beiden keine Feindschaft besteht) widerspricht der bisherigen Tradition der Schweizer Handelspolitik, die mehr als jede andere mit der Außenpolitik konvergiert. *Prof. E. Küng* (St. Gallen) sieht aber auch strukturelle Folgen für die Schweiz durch die Produktivitätssteigerung von Westeuropa voraus.

Die Schweiz könnte unter Umständen ihr heutiges Gleichgewicht zwischen großen und kleinen Betriebsgrößen nicht aufrechterhalten, um exportfähig zu bleiben. Die Preisgabe des Klein- und Mittelbetriebs bis zu 500 Arbeitskräften würde umwälzende Bedeutung haben.

Im Gegensatz zur Ablehnung des revolutionär Neuen steht die Begünstigung von Neuschöpfungen, die auf der bestehenden Basis eine organische Entwicklung anstreben. So findet die *Europäische Zahlungsunion* allgemeine Billigung. Ihr Nutzen für die Schweizer Wirtschaft durch die Handelsliberalisierung und die multilaterale Verrechnung wird von *Direktor Dr. K. W. Schwegler* (Zürich) rückhaltlos anerkannt. Die Importerleichterungen für die „non essentials“ kamen der Schweizer Qualitäts- und Konsumindustrie stark zugute.

Eine positive Stellung der Schweiz zur Montanunion wird von zahlreichen Publizisten gefordert, wie überhaupt Zeitung und Zeitschrift auch der Diskussion der *Kontinentalpolitik* keine Schranken auferlegen. Ein etwas peripheres Zentrum besitzt der Gedanke der Europaföderation in der *Schweizer Europa-Union*, deren Monatsblatt *Europa* im 19. Jahrgang erscheint. Die von *Hans Bauer*, Redakteur der Basler Nationalzeitung, geleitete Organisation besitzt ausgezeichnete Mitarbeiter wie *Denis de Rougemont* und *Ernst von Schenck*. Wenn alle drei leider viel zu lange der Prüfung der Frage ausgewichen sind, ob England (und daher auch das Commonwealth) zu einem föderierten Europa gehören können, so haben sie nun doch von den Fakten Kenntnis genommen, warten nicht auf den St. Nimmerleinstag, da England ein Teil des ökonomisch-politischen Europas werden kann, bejahen die französische Initiative, gehen sogar, wie die europäischen Föderalisten überhaupt, mit ihrem Programm sofortiger politischer Föderation zu weit, verlangen aber konsequent, daß die Schweiz am Sitz der Montanunion durch Beobachter, wenn nicht durch eine Gesandtschaft wie England, Amerika, Schweden vertreten sei.

Gegen das Interesse der Schweiz an der Montanunion erhob *William Rappard* den sonderbaren Einwand, daß die Schweiz „nur“ 40 vH ihrer Ein- und Ausfuhr mit den Ländern des Schumanplans gemein hat. Kann aber die Schweiz ihren Klienten Nummer 1 vernachlässigen, fragt *de Rougemont* in *Europa* (12V) Und der Europapublizist verrät, daß die Schweizer Industriellen, die den Schumanplan erst nicht ernst nahmen, die Montanunion heute schon fürchten. Es besteht nämlich kein Zweifel, daß in Luxemburg energisch daran gearbeitet wird, ein leistungsfähiges Eisenbahnsystem zwischen dem deutsch-französischen Montangebiet und Italien herzustellen, das die Schweiz umfahren soll. Das würde die technische und ökonomische Bedeutung der Gotthardlinie und den unsichtbaren Export der

Schweiz beeinträchtigen. So zeigt schon die erste Maßnahme der Montanregierung, daß die Abstinenzpolitik der Schweiz ein zweischneidiges Schwert sein könnte. Es ist gut, daß *de Rougemont* dem *sinnlosen* Kampf gegen die Neutralität, der dem Europagedanken nur geschadet hat, ein Ende machen will. Immerhin zeigen schon diese Proben aus schweizerischen Zeitschriften, daß die Montanunion einen erheblichen Eindruck macht und die kommende erste Parlamentsdebatte über das Verhältnis der Schweiz zur Hohen Behörde eine positivere Haltung zum Ausdruck bringen wird.

Rußland 1917

Obwohl sich an der antibolschewistischen Propaganda nicht wenige Elemente beteiligen, denen ebensoviel an der Aufklärung über die Verhältnisse in Rußland seit 1918 liegt wie an der Diskreditierung des Marxismus, des Sozialismus und der demokratischen Arbeiterbewegung überhaupt, müssen doch gerade sozialistische und gewerkschaftliche Gegner des Bolschewismus zugeben, daß aus den verschiedensten Gründen, die auf ein anderes Blatt gehören, die demokratischen Länder, und besonders die linken Intellektuellen der Moskauer Propaganda einen viel zu schwachen Widerstand geleistet haben, so daß die absurdesten Unwahrheiten unbestrittener Besitz des politischen Bewußtseins wurden und selbst von „entschiedenen Antibolschewisten unkritisch wiederholt werden.

Eine Monsterunwahrheit ist zum Beispiel die Behauptung des Bolschewismus, die *Oktoberrevolution Lenins* sei gegen Feudalismus und Zarismus geführt worden. Diese Behauptung wiederholt *Fritz Sternberg* unüberlegt in einer Flugschrift, deren Titel über ihre Gesinnung keinen Zweifel zuläßt. Er lautet „So endete es ... Von der Oktoberrevolution zum reaktionärsten Staat der Welt“. Dennoch wird dort diese angebliche Ruhmesleistung der Oktoberrevolution ungeprüft wiederholt. Es war daher ein gutes Werk der Zeitschriften *Der Monat* (42) und *Preuves* (13), daß sie zum 35. Jahrestag der ruhmreichen *Märzrevolution* des russischen Volkes daran erinnerten, daß der Bolschewismus an der *Märzrevolution* überhaupt keinen Anteil hatte. Lenin hatte mit dem Sturz des Zarismus so viel zu tun wie seine Zimmernachbarn in der Spiegelgasse in Zürich, die das Ereignis auch nur aus der Zeitung erfuhren. Die Zusammensetzung der Sowjets, die Wahlen des Volkes zur Konstituante am 25. November 1918 ergaben eine enorme sozialistische Majorität. Nur Lenin selbst konnte durch seinen ersten Putsch im Juli 1917 eine Annäherung der demokratischen Rechten an Offizierskreise herbeiführen; nur der Bolschewismus selbst konnte die fluchbeladene Herrschaft des Zarismus durch den weit grausameren Neozarismus der Lenin und Stalin ersetzen. Auch die Auf-

lösung des Großgrundbesitzes war auf dem besten Wege. Darüber bringen beide Zeitschriften leider nichts. Offenbar wirkt die Tradition der Unterschätzung der Sozialrevolutionäre, der Partei der überwältigenden Mehrheit der russischen revolutionären Bauernschaft, noch immer fort; was übrigens 1952 die Nekrologe auf Tschernow in Zeitungen und Zeitschriften bestätigten. Erst die bolschewistische Agitation störte das Werk der Landaufteilung und führte letzten Endes zu einer Begünstigung der Kulaken. Die Beiträge im *Monat* und in *Preuves* sind ein guter Beginn zur Rehabilitierung der *glorious revolution* und zur Zerstörung der angemäßigten Ruhmestitel der Bolschewiki.

Wie steht es aber nun um die Ereignisse und die geistig-politischen Strömungen, die Lenin und Trotzky zur Macht brachten? Auch dieses Kapitel unserer Leidensgeschichte wurde bisher von der bolschewistischen Geschichtsfälschung beherrscht. Und wie sehr haben Nachgiebigkeit, Unkenntnis, schlechter Wille mitgeholfen, Lenin und der sogenannten zweiten Revolution eine Funktion innerhalb des russischen Geschichtsprozesses zu geben, die absolut falsch ist. Es ist das Verdienst von Prof. Franz Borkenau (Marburg) in einer Studie: „*Das Jahr 1917, Wirklichkeit und Legende der russischen Revolution*“ aus bolschewistischen Quellen und aus Schriften, deren Objektivität Lenin anerkannt hat, die historische Wirklichkeit wiederherzustellen. Die Arbeit sollte offenbar im *Monat* erscheinen, ist aber leider nur als *Sonderdruck des Monats* (kostenlos durch jede Buchhandlung) erschienen. Es ist eine gute Sache, für die Verbreitung dieser ausgezeichneten Arbeit zu sorgen. Ich las sie erst mit Vorbehalten, da Borkenau ziemlich verworrene Ansichten über den Marxismus vor drei Jahren im *Merkur* (9) veröffentlicht hatte, und fand es besonders erfreulich, daß er nun klipp und klar ausspricht, Lenin habe sich ernsthaft für einen Marxisten gehalten, obwohl er alle Grundgedanken von Marx auf den Kopf gestellt habe. Ein Schritt weiter, und man wird sagen, daß Lenin den Marxismus usurpierte, daß Stalin ihn prostituiert, die Zensurierung und Verfälschung von Marx seit 1933 im Gange ist. Beispiele grober Marxfälschungen habe ich in einem Artikel *Marx ad usum Lenini* in *Preuves* (17) veröffentlicht. Er ist jetzt von *Socialist International Information* (III, 4) nachgedruckt worden.

Das Ergebnis von Borkenaus Studie läßt sich kurz zusammenfassen: Lenin war ein Gegner des *Sowjetsystems* von 1905 an bis zu seiner Rückkehr nach Rußland. Dann verwendete er es als Instrument, der bolschewistischen Partei die Massenbasis zu geben, die ihr noch fehlte. Schon 1920 begann die Abschaffung der Sowjetmacht zugunsten der Parteibonzen wie *Benno Sarel* in den Westberliner (jetzt trozkystischen) Diskussionsblättern „*pro und contra*“ (67) nachgewiesen hat. Lenin ließ im April

1917 die ältere Lösung der demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft fallen und strebte die eigene nackte Parteidiktatur an. Er näherte sich Trotzky und hatte fast die ganze alte bolschewistische Garde, die später Stalin ermorden ließ, zu Gegnern. Sie war sowohl gegen die Parteidiktatur wie gegen den Aufstand. Der Novemberputsch erfolgte über den Kopf der Sowjets, der Arbeiterschaft, der Mitglieder und des Zentralkomitees der bolschewistischen Partei hinweg als eine typisch minoritäre Überrumpelungsaktion. Es bestand für sie weder eine revolutionäre noch eine sozialistische oder gar außenpolitische Notwendigkeit. Der berühmte Sturm auf das Winterpalais erfolgte träge, wurde kaum beachtet, niemand sah seine Folgen voraus, da Lenin sein Ziel: die Diktatur eines ihm hörigen Zentralkomitees, zu verbergen wußte. Nicht eigene Kraft: Unschlüssigkeit der Gegner, Unkenntnis der drohenden Gefahren, des Sinns der Aktion, ermöglichte den Triumph der bolschewistischen Konterrevolution.

Und *Stalin*? Er stand entweder auf Seiten der bolschewistischen Opposition gegen Lenin oder lavierte, um auf die Butterseite zu fallen. Er war erst für die Fortsetzung des Krieges, dann mit Kamenew für die Liquidation der bolschewistischen Partei durch ihre Verschmelzung mit der menschowistischen, er war auch Gegner eines Entschlusses, das Datum des Putsches festzusetzen und war an ihm ganz untergeordnet beteiligt. Warum ist aber die Geschichte des Jahres 1917 für uns aktuell? Weil das Schema dieses Erfolgsjahres unverändert überall wiederholt wird, um den Gegner zu unterminieren, die Mitläufer zu benutzen und nachher auf den Misthaufen zu werfen. Von Petrograd 1917 bis Prag 1948 hat sich überall dieselbe Taktik bewährt. Es bestehen also Gründe genug, diesem Sonderdruck des *Monats* weiteste Verbreitung zu geben.

FELIX STÖSSINGER

Kurze Chronik

Die in Paris herausgegebenen jugoslawischen *Questions Actuelles du Socialisme* (14) veröffentlichen zwei instruktive Beiträge über die kommunale Selbstverwaltung und ihre parlamentarisch-wirtschaftlichen Organe. — Die erstaunliche Verbreitung katholischer Zeitschriften von hoher Qualität hat nun auch die reformierten Kreise veranlaßt, eine eigene Kulturzeitschrift zu schaffen. Der erste Jahrgang von *Reformatio* hat Politikern aller Parteien, auch Sozialdemokraten, theologischen, kunstkritischen, dichterischen, historischen Beiträgen unter reformatorischem Aspekt eine gemeinsame Stätte gegeben. Es wäre zu wünschen, daß der Kreis Schweizer Mitarbeiter um Vertreter der deutschen, nordischen, französischen reformierten Welt erweitert wird.